

Freiheitliche Landtagsfraktion
Silvius-Magnago-Platz 6
I - 39100 Bozen (BZ)
Tel.: +39 0471 946158
freiheitliche@landtag-bz.org
freiheitliche@pec.prov-bz.org
die-freiheitlichen.com

An den
Präsidenten des Südtiroler Landtages
Herrn Dr. Josef Noggler
Bozen

Bozen, den 21. Januar 2020

ANFRAGE

Integrationsprojekt „Prozessbegleitung“ der Gemeinde Brenner

Aus der Beantwortung der Landtagsanfrage Nr. 632/19 betreffend die Beiträge für Initiativen und Projekte im Bereich Integration auf lokaler Ebene geht u.a. hervor, dass im Jahr 2016 die Gemeinde Brenner der Koordinierungsstelle für Integration ein Projekt vorgelegt hat. Das Projekt wurde mit „Prozessbegleitung“ betitelt und der anerkannte Kostenvoranschlag auf 9.448,00 Euro beziffert. Für dieses Projekt wurde seitens des Landes ein Beitrag in der Höhe von 8.448,00 Euro genehmigt. Der Landesbeitrag wurde jedoch nie ausbezahlt, da das Projekt „Prozessbegleitung“ schlussendlich nicht durchgeführt wurde.

Daraus ergeben sich folgende Fragen an die Landesregierung verbunden mit der Bitte um schriftliche Antwort:

1. Welche Inhalte sollte das Projekt „Prozessbegleitung“ der Gemeinde Brenner im Jahr 2016 aufweisen und welches wären die Ziele des besagten Projektes gewesen?
2. Von wem wurde das Projekt in Auftrag gegeben und wer wäre mit der Durchführung beauftragt worden?
3. Aus welchen Gründen hätte der Landesbeitrag den Großteil der anfallenden Kosten gemäß Kostenvoranschlag abgedeckt, zumal andere Projekte einen weit niedrigeren Deckungsgrad mit dem Landesbeitrag aufweisen?
4. Weshalb wurde das besagte Projekt nicht durchgeführt?
5. Gab es in der Folge Vorstöße, um das besagte Projekt noch durchzuführen? Wenn Ja, wäre wiederum ein entsprechender Landesbeitrag vorgesehen gewesen?


L. Abg. Ulli Mair



Bozen, 11.03.2020

Frau Abgeordnete
Ulli Mair
ulli.mair@landtag-bz.orgZur Kenntnis: Herrn Präsidenten
Josef Noggler
dokumente@landtag-bz.org**Antwort auf die Landtagsanfrage Nr. 683/20 betreffend das Integrationsprojekt "Prozessbegleitung" der Gemeinde Brenner**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

ich schreibe Ihnen betreffend Ihre Landtagsanfrage vom 22.01.2020 (Nr. 683/20) und darf Ihnen als zuständiger Landesrat wie folgt antworten:

Zu Frage 1: *Welche Inhalte sollte das Projekt "Prozessbegleitung" der Gemeinde Brenner im Jahr 2016 aufweisen und welches wären die Ziele des besagten Projektes gewesen?*

Die Gemeinde Brenner war mit vielfältigen Anforderungen konfrontiert, zu der auch die neuen Bürgerinnen und Bürger gehörten. Die Gemeinde wollte nicht mehr nur als Durchlaufstation gesehen werden, sondern als eine lebenswerte, inklusive Gemeinschaft. Darum wollte die Gemeinde einen Prozess hin zu einem Entwicklungsplan für die Gemeinde starten. Geplant war zunächst eine Zukunftskonferenz. Möglichst viele Dorfbewohner, einheimische wie auch neue, sollten daran teilnehmen. In dieser Konferenz sollten Visionen für ein weltoffenes Dorf entwickelt werden, auf Basis derer dann ein erster Handlungsplan entworfen und eine Steuerungsgruppe installiert werden sollten. Der Prozess selbst zur Zukunftsvision Brenner sollte dann von qualifizierten Beratern begleitet werden.

Zu Frage 2: *Von wem wurde das Projekt in Auftrag gegeben und wer wäre mit der Durchführung beauftragt worden?*

Das Projekt wurde von der Gemeinde Brenner eingereicht. Raimund Patt vom Entwicklungsbüro Bildung Schulhorizonte hätte damit beauftragt werden sollen.

Zu Frage 3: *Aus welchen Gründen hätte der Landesbeitrag den Großteil der anfallenden Kosten gemäß Kostenvoranschlag abgedeckt, zumal andere Projekte einen weit niedrigeren Deckungsgrad mit dem Landesbeitrag aufweisen?*

Im Jahr 2016, mit der erstmaligen Möglichkeit für Gemeinden Projekte bei der Koordinierungsstelle für Integration einzureichen, wurde vor allem Wert auf die Prozessbegleitung in den Gemeinden gelegt, um Maßnahmen für ein Gelingen von Integration zu definieren, die dann umgesetzt werden konnten. In der Prozessbegleitung sollten möglichst viele Teile der Bevölkerung miteinbezogen werden. Die Förderung für die Prozessbegleitung, die als wichtiger inklusiver Ansatz in der Entwicklung eines Dorfes gesehen wurde, wurde darum auf 90 % angesetzt.

Zu Frage 4: *Weshalb wurde das besagte Projekt nicht durchgeführt?*



Diese Frage muss der Gemeinde gestellt werden.

Zu Frage 5: *Gab es in der Folge Vorstöße, um das besagte Projekt noch durchzuführen? Wenn Ja, wäre wiederum ein entsprechender Landesbeitrag vorgesehen gewesen?*

Nein, es wurde kein Projekt mehr von Seiten der Gemeinde Brenner zur Prozessbegleitung eingereicht.

Mit besten Grüßen

Philipp Achammer

Landesrat

(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)